



## STADTRATSLISTE DER FWG ZUR KOMMUNALWAHL 2019

1. Dr. Metz, Rainer, 60, prakt. Tierarzt, Friesenheim
2. Ehlers, Christian, 52, Assistent, Friesenheim
3. Moritz, Helge, 62, Dozent, Oppau
4. Glogger, Karlheinz, 74, Justizrat, Südl. Innenstadt
5. Arndt, Hans, 61, Kraftwerksmeister, Gartenstadt
6. Dr. Bellmann, Maren, 28, Ärztin, Gartenstadt
7. Dr. Weickert, Mathias, 37, Promovierter Ingenieur und diplomierter Physiker, Rheingönheim
8. Mund, Johannes, 40, Softwareentwickler, Oggersheim
9. Altgarten, Gaby, 60, Postbedienstete, Nördl. Innenstadt
10. Sandmann, Markus, 40, Fachberater, Gartenstadt
11. Sandreuther, Siegfried, 77, Rentner, Oggersheim
12. Ehlers, Hans, 52, chem.-techn. Assistent, Friesenheim
13. Berg, Hans-Peter, 62, Einzelhandelskaufmann, Mundenheim
14. Riedel, Tobias, 36, Industriemeister, Oppau
15. Hellmann, Ruth, 43, Lehrerin, Oggersheim
16. Pucci, Paolo, 41, Softwareentwickler, Oppau
17. Keck, Oliver, 50, Dipl.-Betriebswirt, Friesenheim
18. Lerner, Curd, 58, Dipl.-Informatiker, Ruchheim
19. Faulmüller, Elke, 75, Lehrerin, Südl. Innenstadt
20. Mund-Dengel, Ramona, 46, Kindertagespflegeperson, Oggersheim
21. Deutsch-Bunke, Monika, 68, Rentnerin, Rheingönheim
22. Werlich, Elke, 66, Schaustellerin, Oggersheim
23. Bunke, Günther, 72, Rentner, Rheingönheim
24. Metz, Edith, 58, kaufm. Angestellte, Friesenheim
25. Schäfer-Ehlers, Annette, 56, Heilpädagogin, Friesenheim
26. Metz, Käthe, 87, Med.-techn. Assistentin, Oppau
27. Ehlers, Barbara, 50, Steuerberaterin, Friesenheim
28. Ehlers, Lukas, 20, Fachinformatiker i.A., Friesenheim
29. Rund-Bellmann, Bettina, 57, Rechtsanwaltsfachangestellte, Gartenstadt
30. Bellmann, Peter, 63, Rechtsanwalt, Gartenstadt

## HIERFÜR SETZTEN WIR UNS EIN:

- » Wir setzen und setzen uns für eine bessere Kinderbetreuung in der Stadt ein! Hierzu muss es eine Koordinierungsstelle als zentraler Anlaufpunkt für die Eltern geschaffen werden.
- » Wir forderten beim Kita-Ausbau auch auf den Ausbau von Hortplätzen zu setzten!
- » Wir fordern die Schaffung eines Fachschul-Campus in der Innenstadt!
- » Wir setzen und setzen uns massiv für die Schulsanierung ein und haben hierzu zusätzliche 5 Mio. Euro im Doppelhaushalt 2019/2020 beantragt.
- » Wir forderten und fordern eine ständige Polizeiwache am Berliner Platz (z.B. im Faktorhaus), damit man sich dort **zu jeder Tageszeit** wieder sicher fühlen kann!
- » Wir sind für die Einführung eines Bürgerhaushaltes, bei dem alle Bürger über die Verwendung der Haushaltsmittel, aber auch bei sinnvollen Einsparungen mitbestimmen können!
- » Wir treten für die Rückbesinnung der GAG auf die ursprünglichen Aufgaben ein: Schaffung von günstigem Wohnraum für möglichst große Teile der Ludwigshafener Bevölkerung!
- » Wir sind für die Wiedereinführung von Erbbaurecht durch die Stadt Ludwigshafen und möchten jungen Familien ermutigen sich in unserer Stadt im Eigenheim niederzulassen.
- » Wir fordern ein Gesamtkonzept für unsere Innenstadt mit einer sinnvollen Lösung für ein neues Rathaus. Hierbei muss genau geprüft werden, ob eine Teilöffnung der Bismarckstraße sinnvoll ist.
- » Wir fordern die Stadtverwaltung auf, günstige Baugrundstücken für junge Familien aus Ludwigshafen zu Verfügung zu stellen und hierfür ein realisierbare Möglichkeit zu erarbeiten.

## Kontakt

Dr. Rainer Metz  
Schuckertstr. 8  
67063 Ludwigshafen

☎ 0621 694653  
dr.r.metz@fwg-lu.de  
www.fwg-lu.de

FWG Ludwigshafen e.V.

Geschäftsstelle  
Schuckerstraße 8  
67063 Ludwigshafen

## Impressum

Herausgeber: FWG Ludwigshafen e.V., vertreten durch den 1. Vorsitzenden Hans-Peter Demmer, Schuckertstr. 8, 67063 Ludwigshafen

Gestaltung: pixelarbeiter – Agentur für visuelle Kommunikation  
Neubrucker Straße 9927, 55768 Hoppstädten-Weiersbach  
www.pixelarbeiter.de



# FWG

# FWG

## STARK VOR ORT

## GUT FÜR LUDWIGSHAFEN





## LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER,

Ludwigshafen steht vor großen Herausforderungen: über 1,4 Milliarden Euro Schulden, die Hochstraßen Nord und Süd müssen saniert werden, es droht die Sperrung beider Brücken, das Rathaus-Center wird abgerissen, die Zukunft des Rathauses ist ungewiss, die Innenstadt ist ein großes Problemkind, es fehlen 1.400 Kindergartenplätze, wobei 60 Prozent der Grundschüler eine Migrationshintergrund haben und 15 Prozent der Schüler erreichen keinen Schulabschluss. Der Sanierungsstau in den Schulen beträgt 290 Millionen Euro. Die Problemliste ist lang und noch unvollständig. Die große Koalition von SPD und CDU sowie die von ihr getragene Verwaltungsspitze scheint hilflos und ohne Konzept die Stadt in ungewisse zu steuern und erhalten auch keine ausreichende Unterstützung von ihren Parteikollegen in Bund und Land.

Helfen Sie daher mit dieser großen Koalition abzuwählen. Wir Freie Wähler haben in den vergangenen fünf Jahren oft die Fingern in die Wunden gelegt, aber auch konstruktive Vorschläge eingebracht. Im neuen Stadtrat hoffen wir bei veränderten Mehrheitsverhältnissen frischen Wind in die Stadtentwicklung zu bringen. Daher bitten wir Sie um ihre Stimme:

**Wichtig: Zuerst mit der Listenstimme FWG wählen, dann können Sie noch gezielt Personenstimmen verteilen, sonst verschenken Sie Stimmen!**

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Rainer Metz,  
Spitzenkandidat

## BÄDERSITUATION

Nach jahrelangem Hinhalten konnte endlich für über 10 Millionen Euro das Willersinnfreibad saniert werden. Leider ist es nur für ca. vier Monate in Betrieb, daher halten wir lang- und mittelfristig ein Kombibad für dringend erforderlich. Es wurde eine große Chance vertan, so hat Speyer für 14 Millionen Euro mit dem bademaxx eine sehr gut angenommene Kombibad, was jetzt auch Mannheim plant. Auch das Land unterstützt bevorzugt den Bau von Kombibädern, da dieser sehr viel wirtschaftlicher arbeiten. Weitere Sanierungen wurden im Hallenbad Süd im Bereich der Umkleiden und Duschen durchgeführt. Die Technik dahinter ist jedoch weiterhin die „Alte“. Es fallen immer wieder Pumpen aus. Eine moderne UV-Filteranlage fehlt komplett, was sich für Breiten-Sportschwimmer – die mehrmals in der Woche das Süd-Bad benutzen – auch gesundheitlich schlecht auswirken kann. Hier sitzt die Stadt Ludwigshafen – ähnlich der Hochstraße SÜD – auf einer tickenden Bombe. Keiner kann in die Glaskugel schauen und sagen wie lange die alte Technik noch hält.

## FINANZEN

Die jahrelange Sparpolitik von CDU und SPD ist gescheitert: Ende 2020 wird Ludwigshafen über 1,4 Milliarden Schulden haben. Diesen Schuldenberg wird unsere Stadt von alleine nie mehr abtragen können. Steigen die Zinsen explodieren diese Schulden. Gleichzeitig erwirtschaften Bund und Land Überschüsse. Dies bedeutet, dass sich die Bundes- und Landesregierung auf Kosten der Stadt Ludwigshafen sanieren. CDU, SPD, Grüne und FDP sind oder waren alle in Regierungsverantwortung, aber selbst die Ludwigshafener Abgeordneten haben unsere Stadt vergessen. Im Stadtrat lehnen die Großkoalitionäre von SPD und CDU jede vernünftige Zusammenarbeit ab. Dies verhindert ein entschlossenes Vorgehen, beispielsweise bei den Schulen und/oder der Kinderbetreuung.

## KINDERBETREUUNG

1.400 Kita Plätze fehlen, davon können allein 270 wegen Personalmangel nicht besetzt werden!

Die Eltern werden allein gelassen. Wir haben deshalb ein Online-Anmeldesystem für die Kitas beantragt und durchgesetzt. Gleichzeitig kümmern wir uns um eine bessere Beratung der Eltern bei der Suche nach einem Platz. Deshalb fordern wir eine zentrale Koordinierungsstelle als Anlaufpunkt für die Eltern. Es müssen zudem alle Betreuungsformen, wie u. a. die Kindertagespflege zur Auswahl den Eltern genannt werden.

Wir fordern eine Besserung Beratung und Förderung der Kindertagesmütter. 60 Prozent der Grundschüler haben einen Migrationshintergrund und 15 Prozent der Schulabgänger erreichen keinen Abschluss. Angesichts dieser Zahlen fordern wir seit Jahren die Umwandlung der Kitas in Vorschulen mit Pflichtbesuch und eine Anstellung der Erzieher beim Land, wie die Lehrer auch. Die Personalkosten werden im Prinzip schon heute zum Großteil vom Land bezahlt! Das ist ja das Problem, weshalb in BaWü mehr bezahlt wird.

Auch hier haben die Politiker der Parteien werbewirksam das Recht auf einen Kindergartenplatz verkündet, die Finanzierung in Millionenhöhe erfolgt über Schulden durch unsere Stadt! Der aktuelle Gesetzesentwurf zum neuen Kita-Zukunftsgesetz verschärft die Situation in den Kitas weiter. Dass das vierte Kita-Ausbaupaket nicht ausreicht betont die Stadtverwaltung bereits bei dessen Abstimmung im Jugendhilfeausschuss. Ein fünftes Kita-Ausbaupaket wird sicher kommen.

Die FWG Ludwigshafen mahnt im Zuge dieser ganzen Ausbaupakete an, sich frühzeitig um Personal zu kümmern und diese auszubilden. Ebenso muss auch für die Anzahl an Kindern, die dann irgendwann aus der Kita in die Schule wechseln, eine Betreuungsform sichergestellt werden.

Wir benötigen viel mehr Hort Plätze in unserer Stadt. Darüber spricht niemand, in der öffentlichen Diskussion.

## SCHULEN

Es existiert ein Sanierungsstau von über 290 Millionen Euro. Die katastrophalen Folgen dieser Sparpolitik sind nicht mehr zu übersehen: stinkende Schultoiletten und Regenwasser durch undichte Dächer sind schon fast die Norm. Leider akzeptieren CDU, SPD und Grüne diese Zustände. Wir haben gefordert, dass der Stadtrat geschlossen gegen diese Zustände antritt, und als ersten Schritt fünf Millionen Euro für die Schulsanierung beantragt. Wenn der Stadtrat geschlossen dafür eintritt, kann die Landesregierung eine Besserung dieser Zustände nicht verweigern. Hier zeigt die große Koalition von CDU und SPD wie verheerend ihre Wirkung auf die Stadt ist.

Als neuen Impuls setzt sich die FWG Ludwigshafen für den City-Schulcampus ein. Eine Kombination aus verschiedenen Schulbereiche, die in enger Nachbarschaft nicht nur untereinander unterschiedlichste Vorteile dadurch erfahren. Auch die Innenstadt kann durch die konzentrierte Lage durch die jungen Erwachsenen wieder stärker belebt werden. Es sollte nach unserer Meinung die Anna-Freud-Schule mit dem Bereich „Soziales“ als Mittelpunkt den Grundstein des City-Campus bilden. Grundsätzlich gilt, bei Thema Schule muss dringend neuer Schwung durch das Ende der großen Koalition kommen.

## TIERSCHUTZ

Wir haben und setzen uns für eine Kastrations- und Registrierpflicht für frei lebende Katzen ein und fordern mehr Hundenauslaufplätze.